

34 91 91
und für
Anzeigen
34 10 15



Das Wetter
am Wochenende
Windig, meist wolkg,
etwas heiter,
zweis kälter

Export in Jubel, Trubel, Heiterkeit / Ein halbes Jahrhundert Schippers und van der Ville (Seite 4)

Karlsruhe lehnt „Spiegel“-Antrag ab

Ermittlungen können ungehindert fortgesetzt werden

Deutsche Presse-Agentur-ap-upl

Karlsruhe, 10. November
Die Ermittlungen gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wegen Verdachts des Landesverrats und der aktiven Bestechung können ungehindert fortgesetzt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat am Freitagabend den Antrag des „Spiegel“ auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Freigabe der Redaktionsräume und zum Verbot einer Vorzensur abgelehnt.

Stalins Schatten über dem Begräbnis

Moskau, 10. November
Auch Frau Mikojan habe während der Stalin-Zeit oft schlaflose Nächte gehabt; sie sei nie sicher gewesen, ob ihr Mann nach Hause komme. Das sagte der Gedenkreder Iwan Schaumyan beim Begräbnis von Tschchen Mikojan, der Frau des Stellvertreters Chruschtschows, in Moskau.

Jemen bittet um mehr Sowjetwaffen

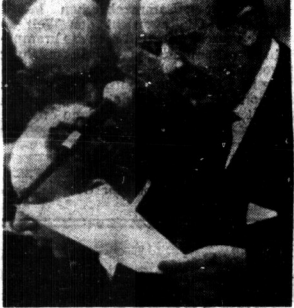
Moskau, 10. November
Um von der Sowjetunion noch mehr Waffen für den Kampf gegen die Wüstenstämme des gestürzten Imams zu erbitten, ist eine Abordnung der jemenitischen Revolutionsregierung in Moskau eingetroffen.

Die Sputniks, von denen niemand spricht

Washington, 10. November
Die von den Sowjets nie zugegebenen Fehlschläge bei Raumfahrtunternehmen und Satellitenstarts sind „mindestens ebenso hoch“ wie die der Amerikaner.

Das Oberste Verfassungsgericht folgte mit dieser Entscheidung einer Bitte des amtierenden Generalbundesanwalts Dr. Westram, der den „Spiegel“-Antrag bereits in der mündlichen Verhandlung als unbegründet bezeichnet hatte. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, daß die Voraussetzungen für eine einstweilige Anordnung fehlten.

Im einzelnen betonte das Gericht: Der Antrag auf Verbot einer Vorzensur sei bereits dadurch erledigt, daß schon bei der Nummer 45 des „Spiegel“ eine Durchsicht der Druckfahnen unter-



Bundesinnenminister Höcherl am Freitag vor dem Bundestag

Höcherl: „Jede Behörde hat die Pflicht...“

„Jede Behörde hat die Pflicht, ihren Festnahmearbeit zu stellen, um einem richterlichen Haftbefehl Geltung zu verschaffen. Diese kurze Erklärung gab Bundesinnenminister Höcherl am Ende der Fragestunde am Freitag vor dem Bundestag ab. Dem Bundeskriminalamt, der Bundesanwaltschaft und dem Bundesverwaltungsministerium müßten Pflichtverletzungen vorgeworfen werden, wenn sie einen entsprechenden Antrag bei den spanischen Behörden nicht gestellt hätten.“

Höcherl nahm damit zu seiner, wie er meinte, etwas mißverständlichen Formulierung vom Donnerstag Stellung, daß bei dem Verfahren gegen den „Spiegel“-Redakteur Ahlers „etwas außerhalb der Legalität“ geschehen sein könnte.

Ein solches Auslieferungserlangen brauche nicht über Interpol gestellt zu werden, fuhr Höcherl fort. Es genüge eine „kurze Polizeischleife“. An die Auslieferungsbestimmungen sei jeweils nur der andere Staat, nicht aber das Land

Pillen à la EWG

Brüssel, 10. November
In allen sechs Staaten des Gemeinsamen Marktes sollen künftig die Arzneimittel vertrieben werden dürfen, die in einem der sechs Länder lizenziert worden sind. Nach fünf Jahren muß die Lizenz jeweils erneuert werden, wobei die Unschädlichkeit, Heilwirkung und die Übereinstimmung des Medikaments mit den angegebenen Formeln überprüft wird.

64 wurden festgehalten

Berlin, 10. November
Die Zonen-Kontrollposten haben vom 13. September bis 31. Oktober dieses Jahres insgesamt 64 Westdeutsche und Westberliner auf der Fahrt zwischen Berlin und dem Bundesgebiet länger als zwei Stunden festgehalten, erklärte der Berliner Innensenator Albertz am Freitag.

blieben sei und eine Wiederholungsfahrt nicht bestehe.

Ferner habe der Generalbundesanwalt zugesichert, daß trotz der Notwendigkeit umfangreicher Ermittlungen den laufenden Bedürfnissen der Redaktion und des Verlages soweit wie möglich Rechnung getragen werde.

Das Gericht betonte, über die weiteren Anträge des „Spiegel“-Verlages, die beschlagnahmten Geschäftsräume und alle bei der Durchsuchung sichergestellten Schriftstücke sofort zurückzugeben, könne nicht ohne umfassende Abwägung der widerstreitenden Interessen einer freien Presse und der Strafverfolgung entschieden werden. Auch würde durch eine Entscheidung über die Verfassungsbeschwerden des „Spiegel“-Verlages in unzulässiger Weise vorweggenommen.

Mit dieser Verfassungsbeschwerde, über die das Gericht noch nicht entschieden hat, beantragt der „Spiegel“-Verlag die Feststellung, daß die Schließung und Vorenthaltung seiner Geschäftsräume durch den Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt verfassungswidrig und die Anordnungen, auf denen sie beruhen, nichtig seien. Diese Verfassungsbeschwerde müsse später, so betonte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Gebhard Müller, gründlich geprüft werden.

Dazu gehöre auch eine genaue Prüfung, welche Straftaten in Betracht kämen und welche strafprozessualen Maßnahmen zu ihrer Aufklärung erforderlich seien. Eine einstweilige Anordnung könne nicht schon deshalb ergehen, weil nach Auffassung des „Spiegel“ der Gefahr vorzubeugen vermüsse, die jetzigen Eingriffe könnten bereits zu einer allgemeinen Zerstörung der Pressefreiheit führen.

gebunden, das einen Verdächtigen suche. Es sei die eigene Angelegenheit des um Hilfe gebetenen Staates, ob er dem Auslieferungserlangen stattgebe.

Bundesaußenminister Dr. Schröder hat die deutsche Botschaft in Madrid angewiesen, über ihre Einschaltung im Fall Ahlers zu berichten. Der deutsche Botschafter in Madrid, Freiherr von Welck, der während der Vorgänge um Ahlers auf Urlaub war, ist bereits zu Berichterstattung in Bonn eingetroffen.

Die SPD forderte am Freitag den Rücktritt von Verteidigungsminister Strauß. Der massive Angriff der Opposition hat sich in den Reihen der CDU zugunsten von Strauß ausgewirkt. Offizielle CDU-Sprecher erklärten am Freitag: „Ein Rücktritt von Strauß steht überhaupt nicht zur Debatte.“

Der FDP-Vorsitzende Mendel sagte in Frankfurt, nach seiner Auffassung müsse der Rechtsausschuß des Bundestages die Verfahrensmängel und der Verteidigungsausschuß die militärischen Dinge im Zusammenhang mit der „Spiegel“-Affäre untersuchen. Der Bundestag könne so wichtige rechtspolitische Fragen nicht in Gefühlsaufwallungen diskutieren.

Heute Urteil in Lüttich

Lüttich, 10. November
In großangelegten und ergreifenden Plädoyers, die alle Zuhörer in den Bann schlugen, forderten die Verteidiger am vorletzten Tag des Prozesses von Lüttich den Freispruch ihrer Mandanten. Die Stimmung in Belgien ist fast ausnahmslos auf selten Suzanne van de Putts, ihrer Familie und des mitangeklagten Arztes. Sie hat ihr mißgestaltet geborenes Kind kurz nach der Geburt getötet.

Wegweiser durch den Anzeigenteil

Stellengesuche	47, 48
Stellungsangebote	54-59 u. 42-47
Ankauf	21
Verkauf	22, 23
Kraftfahrzeuge	18, 19, 20
Wohnungsmarkt	26, 27, 28
Wohnraumtausch	26
Grundstücke	29, 30, 31, 32
Geldmarkt	12
Geschäftsverbindungen	12
Heiraten - Bekanntschaften	50, 51
Unterricht	10
Verschiedenes	51
Tiermarkt	49

147 Meter über Hamburg



Dieses Foto zeigt einen Blick von Hamburgs höchster Baustelle auf die Innenstadt. In 147 Meter Höhe barg Oberamtsbauverwalter Kurt Heck in der Turmruine von St. Nikolai eine Kassetten mit wertvollen Dokumenten. Sie soll in der kommenden Woche geöffnet werden. Der Turm der im Kriege zerstörten Hauptkirche wird, wie berichtet, zum Mahnmahl für die Opfer des Dritten Reiches.

Fidel Castro läuft zu Mao Tse-tung über

Chinesischer Propaganda-Apparat für Lateinamerika

Springer-Auslandsdienst

New York, 10. November
Während der Abtransport der sowjetischen Raketen aus Kuba weitergeht, registrieren die New Yorker Zeitungen erste Anhaltspunkte dafür, daß China künftig die bisherige Rolle der Sowjetunion im Lande Fidel Castros spielen wird.

Bisher sollen dafür folgende handgreifliche Anhaltspunkte vorliegen:

- Schon vor der großen Kuba-Krise besuchte Castros engster Mitarbeiter, „Che“ Guevara die Chinesische Volksrepublik.
- Seit Beginn der Krise hat die Zahl chinesischer „Spezialisten“ auf Kuba stark zugenommen. Man schätzt sie bereits auf mehrere tausend, mehr als die Russen, die jetzt abziehen.
- Ein Teil der chinesischen Spezialisten hat auf kubanischem Boden einen Propagandaapparat für ganz Lateinamerika aufgebaut.
- Schon zu Beginn seiner Herrschaft neigte Castro den chinesischen Kommunisten zu. So wurde beispielsweise die Bodenreform auf Kuba nach dem Vorbild Mao Tse-tungs durchgeführt.
- Die alteingesessene, etwa 30 000 Menschen starke chinesische Kolonie auf Kuba unterliegt starkem Druck von seiten der Peking Regierung, zu

„Verwandtenbesuchen“ in das Reich Mao Tse-tungs zu kommen. In China sollen diese Auslandschinesen politisch geschult werden, ehe sie die Rückreise nach Kuba antreten.

Chruschtschow verfolge diese Entwicklung mit einem lachenden und weinenden Auge, meinen die New Yorker Zeitungen. Im Interesse des Weltkommunismus sei der Kreml gar nicht dagegen, zumal er auf diese Weise seine eigene „weiche Welle“ weiterlaufen lassen könne.

„Wegen schlechter Gesundheit...“

Moskau, 10. November
Der 52jährige Alexander Sasjatko, einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, ist „auf eigenen Wunsch wegen schlechter Gesundheit“ seines Amtes entbunden worden. Das meldete Freitagabend die sowjetamtliche TASS-Agentur.

Die Absetzung von Sasjatko, der einer der führenden Wirtschaftsfachleute der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist, gilt als Auftakt zu dem am 19. November in Moskau beginnenden Parteikongreß. Chruschtschow will hierbei, wie schon kurz gemeldet, die Einführung völlig neuer Methoden in der sowjetischen Industrie durchsetzen; eine gewisse Annäherung an den in der freien Welt üblichen Wettbewerb.

Zwei Gespräche Adenauers mit Kennedy vorgesehen

Von unserer Bonner Redaktion wst. Bonn, 10. November

Zweimal wird Bundeskanzler Adenauer während seines Besuches in Amerika in der kommenden Woche zu vertraulichen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy zusammentreffen.

Weitere Besprechungen sind mit US-Außenminister Rusk und Verteidigungsminister McNamara vorgesehen. Adenauer, der am Dienstag in Washington eintrifft, wird von Außenminister Dr. Schröder und Sonderminister Dr. Krone begleitet.

Im Mittelpunkt der Besprechungen wird, wie es in Bonn heißt, die Deutschland- und Berlin-Frage stehen. Zur Vorbereitung seiner Amerika-Reise führte Adenauer am Freitag ein längeres Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, der zuvor dem Bundespräsidenten über die Situation in Berlin berichtet hatte.

In einem Interview betonte Brandt anschließend, zwischen der Bundesregierung und dem Berliner Senat bestehe Übereinstimmung darüber, daß die Errichtung einer Zufahrtsbehörde für die Kontrolle des freien Zugangs nach Berlin die gegenwärtige Regelung verbessern könnte. Brandt wendete sich gleichzeitig gegen Pläne, Berlin formell zum elften Bundesland zu erheben.

8,2 Prozent höher

Bonn, 10. November
Die Neurenten aus den sozialen Rentenversicherungen liegen mit Wirkung vom 1. Januar nächsten Jahres um 8,2 Prozent über den vergleichbaren Renten dieses Jahres.

Die Steigerung ergibt sich automatisch aus dem Durchschnittseinkommen aller Arbeiter und Angestellten in den Jahren 1959 bis 1961. Die Rentenanhebung von 8,2 Prozent ist die bisher höchste Steigerung.

Ehard 75 Jahre alt

München, 10. November
Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard wird am heutigen Sonntagabend 75 Jahre alt.



Ehard kann auf eine mehr als zehnjährige Tätigkeit als Regierungschef in Bayern zurückblicken. Nach den Landtagswahlen am 25. November will Ehard in den Ruhestand treten.

„Soldaten auf Zeit“

Bonn, 10. November
Die Beamten der Bundeswehr sollen im Krisen- oder Ernstfall die Rechtsstellung von „Soldaten auf Zeit“ erhalten. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den die Bundesregierung am Freitag dem Bundesrat (Länderkammer) vorgelegt hat.

Begründung: Die letzten NATO-Manöver hätten gezeigt, daß die technischen sowie die Verwaltungs- und Versorgungsaufgaben im Verteidigungsfall nur durch Beamte mit Soldatenstatus wahrgenommen werden könnten.

Preissenkung bei NSU

Neckarsulm, 10. November
Die NSU Motorenwerke AG hat den Preis des „Prinz 4“ von 4650 DM um 260 DM auf 4390 DM gesenkt. Der neue Preis schließt Heizung, Lenkschloß und Blinklupe ein.

Nach Angaben der Gesellschaft wurde die Preissenkung zum Teil durch Rationalisierung ermöglicht, durch die eine Produktions- und Verkaufsteigerung von über 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr erzielt werden konnte.

Gefängnis für Zollanwärter

Lübeck, 10. November
Zu 15 Monaten Gefängnis wurde am Freitag vom schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht in Lübeck ein früherer Zollanwärter wegen versuchten Landesverrats, Geheimnisbruchs und vollendeter Amtsunterdrückung verurteilt.

Menschlich gesehen



Urnen und Briefmarken

Eine erfolgreiche Ausgrabungsperiode geht für den Direktor des Harburger Helmsmuseums, Prof. Dr. Willi Wegewitz, in diesen Tagen zu Ende. Auf dem langobardischen Friedhof bei Putensen, der der Archäologie in diesem Jahr mit seinen Mitarbeitern besonders intensiv untersucht hat, stellte er 1400 Gräber fest und barg eine Fülle von Bestattungsurnen und Grabbeigaben.

In einem Forsthaus in Hollenbeck wurde Willi Wegewitz vor 64 Jahren geboren. Er wollte eigentlich Botanik studieren, das Abc bei nachmittags lernte er jedoch das Abc der Vor- und Frühgeschichte, als die Bauern zu dem jungen Lehrer in Aherstedt mit Urnen und anderen Funden von ihren Äckern kamen. Willi Wegewitz belegte an der Hamburger Universität Vorlesungen. Morgens brachte er den Kindern in Aherstedt das Abc bei, nachmittags lernte er selbst das Abc der Vor- und Frühgeschichte. Gleich nach seiner Doktorarbeit wurde er als Direktor an das Helmsmuseum berufen.